

# Allgemeine Zeitung

MAINZ



## Ändert sich der Weihnachtsmarkt?

2014 müssen 90 neue Verträge für die Marktbesucher geschlossen werden. ► SEITE 9

## Michael Ebling braucht zwei Schläge

Oberbürgermeister eröffnet 9. Mainzer Oktoberfest auf Messengelände. ► SEITE 9

## „Trauere Rosa nach“

Iris Berbens Krimiserie geht zu Ende. ► KULTUR

Freitag, 11. Oktober 2013 | Nr. 236 | 163. Jahrgang

www.allgemeine-zeitung.de

1 G 1112 A Preis: 1,60 €

### WETTER

Trüb und regnerisch

7°

5°



Westwind

### FERNSEHEN / WETTER

### HEUTE

#### Schärfere Kontrollen an EU-Außengrenzen

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingskatastrophe bei Lampedusa führt die EU ein neues System „Eurosur“ zur Überwachung ihrer Außengrenzen ein.

#### POLITIK

#### Discounter drehen an Preisschraube

Schluss mit billig: In den vergangenen Monaten sind die Preise bei den Discountern deutlich stärker gestiegen als bei „klassischen“ Supermärkten.

#### WIRTSCHAFT

#### Dorian Gray und tolle Trickfilme

Der Schauspieler Erol Sander rezipiert in Rüsselsheim Oscar Wildes Meisterwerk. Und in Wiesbaden steigt das Trickfilm-Festival.

#### PEPPER

### BÖRSE

#### Dax zieht an

Dax 8685,77 (+169,08)  
Euro Stoxx 50 2973,42 (+65,68)  
Nikkei 14394,90 (+312,10)  
Dow Jones 15126,07 (+323,09)  
Dollar 0,7390 € (0,7399)

#### WIRTSCHAFT

### VIDEO DES TAGES

#### Nobelpreis für Alice Munro



QR-Code scannen und unser Video des Tages anschauen!

### INHALT

RHEINLAND-PFALZ	5
WIRTSCHAFT	7
KULTUR	14
TERMINE	16
SPORT	25
ROMAN	26
FERNSEHEN	31
PANORAMA	32

### KONTAKT

Zustellung/  
Abo-Service: 061 31 / 48 49 50  
Fax: 061 31 / 48 49 34  
Privatanzeigen: 061 31 / 48 48 48  
Fax: 061 31 / 48 47 79  
Redaktion: 061 31 / 48 59 60  
Fax: 061 31 / 48 59 68  
E-Mail: az-redaktion@vrm.de

Zeitung online:  
www.allgemeine-zeitung.de

www.facebook.com/  
allgemeinezeitung

www.twitter.com/  
aznachrichten

Probeabo: 061 31 / 48 49 50

Markt 17  
55116 Mainz

RHEIN MAIN PRESSE



4 190111 201604

## Ein Bischof schwinde(l)t



Franz-Peter Tebartz-van Elst droht ein Strafbefehl wegen Falschaussage. Angesichts des teuren Bischofssitzes prüft die Staatsanwaltschaft Limburg nach mehreren Anzeigen, ob sie Ermittlungen wegen Untreue einleitet.

Foto: dpa/Montage: VRM/mv

LIMBURG (cc/dpa). Die Staatsanwaltschaft Hamburg ist zu der Überzeugung gekommen, dass der Limburger Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben hat. Sie hat deshalb einen Strafbefehl gegen ihn beantragt. Damit droht dem Bischof eine Geldstrafe. Über die Höhe der geforderten Strafe, die in Tagessätzen bemessen wird, machte die Staatsanwaltschaft keine Angaben. Mit seiner eidesstattlichen Erklärung hatte der Bischof die Berichterstattung des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ anfechten wollen, der über seinen umstrittenen Flug nach Indien berichtet hatte.

Wegen des umstrittenen Baus des Bischöflichen Hauses prüft die Staatsanwaltschaft Limburg unterdessen, ob sie gegen Tebartz-van Elst wegen Untreue ermitteln muss. Die Um- und Neubauten kosten 31 Millionen Euro, ein Vielfaches dessen, was ursprünglich angenommen worden war. Es gebe mehrere Strafanzeigen, so Hans-Joachim Herr-

chen, Sprecher der Limburger Staatsanwaltschaft. Einige seien „sehr präzise formuliert“.

#### Domkapitel: Nicht beteiligt

Der Limburger Domdekan Günther Geis ist auf Distanz zu dem Bauprojekt gegangen. „Das Haus, so wie es jetzt auf dem Domberg steht, geht nicht auf eine Beschlussfassung des Domkapitels zurück“, sagte er im Gespräch mit dieser Zeitung. Bauherr ist der Bischöfliche Stuhl, dessen Statuten der Bischof 2011 überarbeitet habe. Nach dem neuen Statut war das Mitwirken des Domkapitels an Baumaßnahmen nicht mehr vorgesehen, so Geis. Stattdessen habe Tebartz-van Elst einen Vermögensverwaltungsrat eingesetzt, dessen Mitglieder dem Domdekan erst im August bekannt geworden seien.

Geis hatte 2007 die Wahl von Tebartz-van Elst zum Bischof begrüßt und ihn mitgewählt. Er schien ihm „der richtige Mann“ zu sein. „Heute muss ich leider

feststellen: Wir stehen vor einem Scherbenhaufen“. Er halte den Bischof aber für „klug genug, um nach Beratung mit Menschen seines Vertrauens die richtige Entscheidung zu treffen, was in der verfahrenen Situation zu tun ist“.

In ungewöhnlich scharfer Form kritisierte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, seinen Amtsbruder: „Ich bin sicher, dass sich der Bischof gründlich mit der notwendigen Selbstkritik auseinandersetzen wird“, sagte er in

Berlin. Für den Fall, dass tatsächlich Strafbefehl erlassen wird, fügte der Freiburger Erzbischof mit Blick auf das Amt hinzu: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass ich da weiterleben könnte.“

Zollitsch sagte, Konsequenzen lägen zunächst in den Händen des Limburger Bischofs. „Aber die entscheidenden Fragen, die liegen tatsächlich dann bei den Verantwortlichen in Rom – bis zum Heiligen Vater.“ Über eine Amtsenthebung des Bischofs entscheidet letztlich Papst Franziskus,

mit dem Zollitsch nächste Woche sprechen will. Es sei eine schwere Situation nicht nur für Limburg, sondern auch für die katholische Kirche in ganz Deutschland, machte Zollitsch deutlich.

#### Kommission prüft

Die Bischofskonferenz setzte eine Prüfungskommission ein, die die Kosten und die Finanzierung des Limburger Bischofssitzes und die Entscheidungswege unter die Lupe nehmen soll. Ihr gehören Experten aus der Kirche und externe Fachleute an. „Ich bin von diesen 31 Millionen Euro genauso überrascht wie Sie“, zeigte sich Zollitsch erstaunt. Er sei verwundert über diesen Betrag – „und das werde ich in Rom auch deutlich machen“. Wie lange die Untersuchung dauern werde, könne er noch nicht sagen. Weder Vatikan noch Bistum äußerten sich zum beantragten Strafbefehl oder der deutlichen Kritik am Bischof.

#### ► KOMMENTAR/HINTERGRUND

### STRAFBEFEHL

► Mit dem Strafbefehlsverfahren soll bei geringfügigen Delikten ein langwieriger Gerichtsprozess vermieden werden. Die Staatsanwaltschaft beantragt den Erlass eines Strafbefehls beim Amtsgericht. Der Angeklagte hat nach der Zustellung zwei Wochen Zeit, Einspruch einzulegen. Akzeptiert er den Strafbefehl nicht, gibt es eine Gerichtsverhandlung.

► Ansonsten wird der Strafbefehl rechtskräftig und wirkt wie ein Urteil. Er kann zum Beispiel eine Bewährungsstrafe von maximal einem Jahr oder eine Geldstrafe vorsehen.

► Beträgt die Geldstrafe 90 Tagessätze oder weniger, wird sie nicht im Führungszeugnis vermerkt. Der Verurteilte gilt damit nicht als vorbestraft.

## Zweite Runde vereinbart

KOALITION Union und Grüne sondieren am Dienstag weiter

BERLIN (dpa). Der Koalitionspoker geht kommende Woche in die entscheidende Runde: Union und Grüne wollen ihre Beratungen über ein schwarz-grünes Bündnis am nächsten Dienstag vertiefen. Es mache Sinn und sei notwendig, sich zu einem weiteren Sondierungsgespräch zu treffen, sagte CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe gestern Abend nach einer ersten dreistündigen Sondierung in Berlin. Grünen-Chef Cem Özdemir sprach von einer „positiven Atmosphäre“. Bereits am Montag wollen sich Union und SPD zu einer zweiten Sondierungsrunde treffen.

In der Parlamentarischen Gesellschaft trafen sich 14 Politiker von CDU und CSU sowie acht Politiker der Grünen zum Ausloten von Kompromisslinien. Dabei stellte sich heraus, dass man in einzelnen Themen weiter auseinander liegt als Union und SPD. Grünen-Chef Özdemir sagte: „Viele Themen konnten aber noch nicht ausreichend angesprochen werden.“ Co-Chefin Claudia Roth ergänzte, beson-



Treffen sich nächste Woche wieder mit den Verhandlungsführern der Union: die Grünen-Parteichefs Cem Özdemir und Claudia Roth. Foto: dpa

ders intensiv sei über die Europapolitik und die Gestaltung der Energiewende gesprochen worden. Gröhe sprach von einem sachlichen, „sehr an Inhalten“ orientierten Gespräch. Er kündigte an, die Union werde mit der SPD ebenso wie mit den Grünen nächste Woche noch einmal sprechen. Natürlich gebe es teils deut-

liche Unterschiede, aber zum Beispiel bei der Energiewende wolle man gemeinsam einen „ökologischen Erfolg“. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt, der letzte Woche die Atmosphäre in der Runde mit der SPD sehr gelobt hatte, betonte: „Das Treffen mit den Grünen ist nicht so verlaufen, dass man sich nicht wieder treffen könnte.“ ► POLITIK

## Reserven auf Rekordniveau

GESUNDHEITSFONDS 200 Millionen Überschuss

BERLIN/BONN (dpa). Die finanziellen Reserven im Gesundheitssystem steuern auf einen Rekord zu. Auch 2014 dürften die Einnahmen die Ausgaben übersteigen. Das sind nach Mitteilung des Bundesversicherungsamtes (BVA) in Bonn die zentralen Ergebnisse aus dem Schätzerkreis der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).

Für 2014 werden die Einnahmen des Gesundheitsfonds übereinstimmend von BVA, Bundesgesundheitsministerium (BMG) und Kassen auf 202,2 Milliarden Euro taxiert. Bei den Ausgaben rechnen BMG und BVA mit 199,6 Milliarden Euro, die Kassen jedoch mit 201,1 Milliarden Euro.

Der Gesundheitsfonds, der die Beiträge einsammelt und an die Kassen verteilt, wies zur Jahresmitte Reserven von rund 11,1 Milliarden Euro aus. Diese erhöhen sich nun bis Jahresende um voraussichtlich 200 Mil-

lionen Euro. Die Rücklagen der 134 Krankenkassen lagen bei 16,6 Milliarden Euro, waren allerdings sehr unterschiedlich verteilt.

Im Gesundheitsfonds zeichnet sich für dieses Jahr ein Überschuss von 200 Millionen Euro ab. Die Einnahmen belaufen sich auf voraussichtlich 192,2 Milliarden Euro, die Überweisungen an die Krankenkassen auf 192 Milliarden Euro. Die Ausgaben der Kassen werden auf 189,1 Milliarden Euro geschätzt.

Allerdings fiel die Prognose über die Ausgaben der Kassen nicht einvernehmlich aus. Diese schätzen ihre Ausgaben in diesem Jahr leicht höher – auf 190 Milliarden Euro. Berücksichtigt wurden laut BVA die Zusatzbelastungen für die Kassen aus der Reduzierung des Zwangsabbaus auf Arzneimittel von 16 auf 6 Prozent sowie Mehrausgaben für Krankenhäuser.

## Preisniveau wie in Wiesbaden

MAINZ (red). Wer in Mainz ein Wohn- und Geschäftshaus kaufen will, muss mit Spitzenpreisen rechnen. Das geht aus dem Marktreport 2013/14 von Engel & Völkers Commercial Mainz hervor. In sehr guten Lagen wird im Schnitt ein Quadratmeterpreis von 2600 Euro fällig, in guten Lagen sind es 2000 Euro/Quadratmeter. „In Bezug auf das Preisniveau nähert sich Mainz immer mehr Wiesbaden an“, erklärt Benedict von Glasenapp, Geschäftsführender Gesellschafter von Engel & Völkers Commercial Wiesbaden/Mainz. Die Nachfrage nach Anlageneigentum übersteige deutlich das Angebot. ► MAINZ

## Literaturpreis für Alice Munro

STOCKHOLM (dpa). Der Literaturnobelpreis 2013 geht an die 82 Jahre alte Erzählerin Alice Munro aus Kanada. Sie wird als „Virtuosin der zeitgenössischen Novelle“ gewürdigt, wie die Schwedische Akademie bekanntgab. Munro ist die 13. Frau in der mehr als 100-jährigen Geschichte des wichtigsten Literaturpreises der Welt. „Sie kann mehr auf 30 Seiten sagen als andere Autoren auf 300“, sagte Jury-Sprecher Peter Englund. Munro gilt als Königin der Kurzgeschichten: Sie veröffentlichte bisher nur einen Roman, dafür aber mehr als ein Dutzend Bände mit Short Stories. Kollegen und Kritiker freuten sich über die Würdigung. ► KULTUR

## Regierungschef wieder frei

TRIPOLIS/ISTANBUL (dpa). Eine Gruppe bewaffneter Ex-Revolutionäre hat den libyschen Regierungschef Ali Seidan für mehrere Stunden in ihre Gewalt gebracht. Das Geiseldrama endete gestern, als Angehörige einer anderen „Revolutionsbrigade“ das Gebäude in Tripolis stürmten, in dem Seidan festgehalten wurde. Die Entführung, die Seidan am Morgen aus einem Hotel in der Hauptstadt verschleppt hatten, leisteten nach Informationen lokaler Medien keinen Widerstand. Seidan betonte nach seiner Befreiung, er lasse sich durch Gewalt nicht einschüchtern. ► POLITIK

## 400 Millionen Kinder sehr arm

WASHINGTON (dpa). Auf der Welt leben einer neuen Studie zufolge 400 Millionen Kinder in extremer Armut. Das sei rund ein Drittel aller Menschen, die mit weniger als 0,92 Euro pro Tag auskommen müssten, teilte die Weltbank mit. In einkommensschwachen Ländern liege der Anteil sogar bei der Hälfte. Insgesamt sei die Zahl der sehr armen Menschen in den vergangenen drei Jahrzehnten aber um 721 Millionen auf 1,2 Milliarden gesunken. Die meisten Fortschritte habe es in Indien und China gegeben, während die Situation in Afrika weiter schlecht sei.